Dienstag, 27. August. (Morgen-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 7464. 1872.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüßler; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 26. August, 8 Uhr Abends.

Berlin, 26. August. Ueber die bevorstehenden Festlichkeiten verlautet, daß der 7. September der Haupttag sein wird. Vormittags findet große Parade statt, Nachmittags Galadiner im Schlosse, Abends Gallaoper und großer Zapfenstreich bei Fackelschein auf reservirtem Platze zwischen dem Kaiserpalais und dem Schlosse. Für denselben Abend ist eine allgemeine Stadtillumination in Aussicht genommen, weshalb der Stadtrath bei den Stadtverordneten die Bewilligung der Kosten für eine Rathhaus-Illumination nachsuchte.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kaiserslautern, 25. August. Heute hat auf der Industrieausstellung die feierliche Preisvertheilung durch den Regierungspräsidenten Braun stattgefunden. Es wurden 29 goldene, 86 silberne, 103 bronzene Medaillen, 147 Diplome zuerkannt; 168 Aussteller erhielten ehrende Erwähnung. — König Ludwig stellte durch Cabinetsschreiben 10,000 Gulden aus dem Dispositionsfonds der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zur Verfügung behufs Errichtung einer Stiftung zur Hebung der pfälzischen Industrie.

Madrid, 25. August. Soweit das Resultat der Wahlen Seitens der verschiedenen Wahlbureaux bekannt geworden ist, gehören die gewählten Candidaten zur Hälfte der Regierungspartei, zur Hälfte der republikanischen oder conservativen Opposition an.

Deutschland.

✻ Berlin, 25. August. Bismarck kommt wahrscheinlich früher, jedenfalls gleichzeitig mit dem Kaiser hier an, denn er will und muß vorher noch mit demselben conferiren. Dann werden natürlich alle unberechtigten Ansprüche der Depossedirten wie der Clericalen schon in ihre gebührenden Schranken gewiesen, dann erst vom Kaiser gemeinsam mit seinem Kanzler festgestellt werden, was zu concediren ist, was nicht. Georg von Hannover dürfte im glücklichsten Falle dabei seine 16 Millionen wieder erhalten, Dänemark, soweit wir den Fürsten richtig beurtheilen, nicht einmal die sechs Fuß Erde, auf denen sich General Manteuffel begraben lassen könnte. Auch über die Stellung des Reichs zu Süddeutschland werden Kaiser und Kanzler voraussichtlich Rücksprache nehmen müssen. Endlich ist eine Entscheidung, Klarheit der Situation nothwendig, in Bayern wie in Hessen, und wenn die Fürsten dort uns diese Klarheit nicht verschaffen wollen, so dürfte man sich leicht über deren Köpfe hinweg einmal mit den Völkern zu verständigen suchen, sicher dort offenere Ohren, willigere Herzen und Hände zu finden als an den kleinen von allerhand Intriguen und Passionen umlagerten Höfen. Heute schon würde das deutsche Volk irgend eines Gaues, dessen glauben wir gewiß sein zu können, wenn vor eine Entscheidung gestellt, nicht nur aus Vernunft und politischer Einsicht, sondern aus innerstem Herzensdrange sich für seinen Kaiser und gegen seinen Territorial-Potentaten entscheiden. Jener hat sie zum Siege geführt, während dieser ruhig zu Hause blieb, von Berlin kommen ihm gute moderne Gesetze, in Berlin sucht man Abhilfe vor Uebergriffen, Unbill und Gefahr. So etwas merkt sich das Volk, läßt seinen König ruhig auf dem Bergschlößchen schwärmen und schmollen und schaart sich jubelnd um die Wege seines Kaisers und dessen Erben.

England.

London, 22. August. Während der letzten Tage wurden Versammlungen von Katholiken gehalten zu dem Zwecke, eine starke Organisation in London zu bilden, um einmüthiges Handeln der englischen Katholiken zur Vertheidigung des h. Vaters und zur Sammlung von Beiträgen für den Peterspfennig zu erzielen. Auch soll die neue Vereinigung überhaupt die katholische Religion und die geistlichen Orden in England schützen und vertheidigen und bei den Wahlen, in den Schulen und in den Gefängnissen die katholischen Interessen wahren und die Mäßigkeitsbewegung fördern. — Berichten zufolge wurden in London im vorigen Jahre 11,491,082,300 Kubikfuß Gas verbraucht, zu deren Herstellung 1,571,721 Tonnen Kohlen verwendet sind. — Die zu Fraserburgh gehörige Heringsflotte von 600 Schiffen hat in einer einzigen Nacht über 10,000,000 Heringe im Werthe von 15,000—16,000 Lstr. gefangen. Es ist dies der größte Fang, der jemals daselbst gemacht worden ist. — Ungefähr zwei Meilen von Waterford (Irland) ist so eben ein ausgedehntes Kohlenlager entdeckt worden.

Frankreich.

Paris, 24. Aug. Die „République Française“ bringt einen Rückblick, worin es heißt: „Heute ist der dreihundertjährige Gedächtnißtag der Bartholomäusnacht; dreihundert Jahre sind es heute, als ein seit geraumer Zeit beschlossenes und bedachtes Verbrechen in Paris im Namen der Religion und Politik befohlen und ausgeführt wurde. Um nach Verlauf von drei Jahrhunderten die Scheußlichkeit der Bartholomäusnacht zu beurtheilen, braucht man heute nur nachzusehen, wie gegenwärtig die beiden Gegner stehen. Das Papstthum ist vor weltlicher Macht gestürzt, vernichtet. Und wie steht es mit dem Protestantismus? Der unscheinbare und schwache Markgraf von Brandenburg hat die Stelle des Kaisers von Deutschland selbst als von den alten katholischen Fürsten des heiligen römischen Reichs geachteter Souverain eingenommen. Die Bartholomäusnacht, dieser in unserm Lande ausgeführte blutige Staatsstreich ist das schlagendste Beispiel von der Ohnmacht der Gewalt gegen die Ideen. Doch darüber täuscht man sich nicht, wenn heute die Ultramontanen in ihrem Dienste eine Macht fänden, wie Katharina von Medici, die Guise und deren Rathgeber sie ihren Vorfahren verliehen, so müßte man morgen auf seiner Hut sein. Alles hat seit dreihundert Jahren eine andere Gestalt in der Welt angenommen, mit Ausnahme des clerikalen Hasses; ja, man möchte sagen, daß alle Niederlagen der Kirche seit drei Jahrhunderten denselben neu belebt, giftiger und furchtbarer gemacht haben. Zum Glücke ist eine neue Bartholomäusnacht nicht mehr möglich.“

Italien.

Rom, 22. August. Die „Opinione“ erfährt, daß der Regierungsentwurf zu dem Gesetze über die religiösen Körperschaften auf folgenden Grundlagen beruhe: Das Gesetz solle für die Provinz Rom mit Ausnahme der Stadt zur Durchführung gelangen. Was die Stadt Rom anbelange, so würde den geistlichen Körperschaften das Recht der juristischen Persönlichkeit entzogen und der Gesammtcomplex der Güter derselben für die Zwecke, denen dieselben jetzt dienen, in Rente convertirt, eine Verwendung derselben zu irgend welchen Operationen im Interesse der italienischen Finanzen ausdrücklich ausgeschlossen werden. Bezüglich der 52 Gebäude und Liegenschaften der Ordensgeneralate ginge die Absicht des Ministers dahin, denselben das Recht der juristischen Persönlichkeit zwar zu belassen, aber ausdrücklich alle Rechtsfähigkeit zur Erwerbung neuer Güter zu entziehen, ihnen auch die Verpflichtung zur Convertirung ihrer unbeweglichen Güter in Rente aufzulegen.

Serbien.

Belgrad, 23. Aug. Zur heutigen Hoftafel werden auch die fremden hier anwesenden Journalisten geladen. Minister-Präsident Blaznavac wurde zum General befördert. — Die Revue ist glänzend ausgefallen.

Amerika.

New-York, Anfangs August. Ueber einen großen Negeraufstand in Savannah wird der „Newy. Staatsz.“ von dort unterm 31. Juli geschrieben: Der vorgestrige Aufruhr entstand in Folge der fortgesetzten Versuche der Neger in den Bahnwagen zu fahren, die für die weißen Leute allein bestimmt sind. Die Eisenbahn-Compagnie unternahm nichts gegen die von jungen Männern aus den Wagen geworfenen Neger. Die Aufregung stieg immer höher und gegen Abend hatten etwa 2000 Neger sich zu beiden Seiten der Straßen aufgestellt, außerdem waren auch sehr viele weiße Personen auf den Straßen. Gegen 8 Uhr Abends feuerten die Neger in einen der Bahnwagen, und die darin befindlichen weißen Männer erwiderten das Feuer. Von nun an schossen die Neger in jeden vorüberfahrenden mit weißen Personen besetzten Bahnwagen. Das Feuern wurde die ganze Bahnlinie entlang allgemein und hielt eine halbe Stunde lang an, wobei die Neger in allen Richtungen hin feuerten. Um 11 Uhr Nachts wurde auf zwei Damen und ein Kind, die auf der Freitreppe ihres Hauses standen, von herumstreifenden Negern geschossen. Die Polizei wurde mit Musketen bewaffnet und vom Mayor herausbeordert, aber seine Maßregel kam zu spät. Die Bahnwagen hatten ihre Fahrten eingestellt und da die Neger kein Object mehr hatten, auf das sie schießen konnten, so mußten sie damit auch aufhören. Am Montag war alles ruhig. Drei junge Männer wurden unter der Anschuldigung verhaftet, Neger aus dem Wagen geworfen zu haben. Der Bundes-Commissar hat ihr Verhör bis zum Donnerstag verschoben.

Danzig, den 27. August.

* [Dreizehnter Congreß deutscher Volkswirthe zu Danzig.] Erste Sitzung am 26. August. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung lautet: die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulunterrichts. Referent Dr. O. Wolff (Stettin): Vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus kann man die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulunterrichts verwerfen und sich doch vom politischen Standpunkte aus damit einverstanden erklären. Der Volkswirth prätendire nicht, von seinem Standpunkte aus alle Verhältnisse zu beherrschen. Der Volkswirth sei z. B. für unbedingte Handelsfreiheit; jedoch würde er dieselbe nicht proklamiren wollen in einer belagerten Stadt. In Betreff der Schulfrage habe der Volkswirth sich von vorn herein klar zu machen, daß die aus politischen Gründen vielleicht nothwendige Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts nicht ohne erhebliche wirthschaftliche Nachtheile sei; dem Politiker könne es nur nützlich sein, wenn er sich über diese Gefahren Klarheit verschaffte. Er beantrage daher folgende Resolution zu fassen: „Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts ist verwerflich; weil sie im Widerspruch steht mit der Verantwortlichkeit der Eltern für die Existenz ihrer Kinder; weil sie das harmonische Verhältniß zwischen der Schulbildung und anderen Kulturbedürfnissen ebenso stört, wie das Schutzsystem das harmonische Verhältniß zwischen der Industrie und anderen Funktionen des wirthschaftlichen Getriebes; weil sie die im Staate resp. in den Communen herrschenden politischen und religiösen Parteien zu Herren des Schulwesens macht und damit den inneren Frieden im Staate und in der Gesellschaft gefährdet“. Auf die hier angeführten Motive gehe er jetzt nicht näher ein; er wolle statt dessen eine geschichtliche Kritik versuchen. Das öffentliche Schulwesen habe sich entwickelt als ein Zweig der Armenpflege, im Anschlusse an Klöster und fromme Stiftungen. Diesen Ursprung verleugne es nicht; das Schulwesen sei bei uns fast mit allen den Mängeln belastet, die dem öffentlichen Almosenwesen anhaften. Ueberfüllte Klassen in schlecht gebauten Häusern und schlecht gelüfteten Zimmern; der Unterricht ertheilt von halb verhungerten Lehrern — gewiß kein Zustand, der zur Befriedigung gereiche, sondern zu ernster Prüfung auffordere. Gerade bei dem auf seine Bildung und seine Schulen so stolzen deutschen Volke sei Alles, was mit der Schule zu thun habe, von materieller Noth bedrängt. Dieser Zustand sei nicht bloß unwürdig, sondern auch unhaltbar auf die Dauer. Die Lehrer dürften nicht für immer ausgeschlossen bleiben an dem wachsenden Wohlleben der übrigen Volksklassen. Sein Antrag sei also durchaus nicht entgegen der fortschreitenden Tendenz des Schulwesens, sondern wolle derselben vielmehr eine bessere wirthschaftliche Grundlage geben und die öffentliche Bildung erhöhen. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts erinnere an die längst als unmöglich erwiesene Forderung der Unentgeltlichkeit des Kredits; „Unentgeltlichkeit“ heiße in diesem Falle nur Abwälzung der Schullast auf andere Schultern, als die, welche den Unterricht für sich oder die Ihrigen genössen. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts sei populär geworden als Correlat zum Schulzwang und dieser wieder als Grund unserer großartigen militärischen Erfolge. So gut wie der Staat dem Einzelnen die Verpflichtung auferlege, seine Kinder nicht verhungern zu lassen, könne er auch fordern, daß ihnen das geringste Maß von Bildung ertheilt werde. Im Unvermögensfalle trete die subsidiarische Pflicht der Gemeinde und des Staates ein; das sei die einzige Folge des Schulzwangs. Giebt es einen wirthschaftlichen Grund, Leute, welche das Schulgeld in den untersten Schulen für ihre Kinder zahlen können, von dieser Zahlung zu entbinden? Die Forderung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts sei bei dem mittleren und kleineren Gewerbestand populär, weil er befürchte, daß seine Kinder sonst abgehalten sein könnten, die höheren Schulen zu besuchen. Dieser idealistische Bildungstrieb habe manche nicht wünschenswerthe Folgen nach sich gezogen. Der Vorwurf, daß durch Forderung eines Schulgeldes die höhere Bildung besteuert werde, beruhe auf einer falschen Auffassung; die Zahlung für die Befriedigung wirthschaftlicher Bedürfnisse könne noch als Steuer betrachtet werden. Die Folge der Grundsätze, welche er (Redner) vertrete, daß mancher Sohn armer Leute dann nicht mehr Gymnasium und Universität besuche, sei keine schlimme, Angesichts der großen materiellen Noth, die es noch zu beseitigen gelte. Die höhere Bildung für sich allein ist kein Segen für die Menschen, führt in vielen Fällen zum

---

Die neuen Theater Berlins.

Wir haben kürzlich der „Neuen fr. Pr.“ eine Schilderung der Wirthschaft an unsern Hoftheatern entnommen, welche in etwas grellen Farben den traurigen Zustand derselben im Ganzen richtig darstellt. Wir lassen nun aus derselben Quelle einen Bericht über die kleinen Theater folgen:

Mit dem ersten Tage der durch die neue Gewerbe-Ordnung gestatteten Theaterfreiheit verwandelten sich sofort sämmtliche Café chantants in vollständige Theater; in allen disponiblen Sälen und Gärten wurden Bühnen aufgeschlagen, die Restaurateure und Wirthe avancirten zu „Theater-Directoren“. Aus dieser unzähligen Schaar von „Volks-“, „Rauch-“, „Nicotin-“ und „Variétés-Theatern“, wie sie die Kunstsprache nennt, hat sich aber eine kleine Anzahl zu ganz respectablen und hervorragenden Bühnen entwickelt. Merkwürdig ist nur, daß die Speculation sich der Kunst noch nicht zugewendet hat, denn es ist noch nicht ein einziges neues Theater mit bedeutenden Mitteln erbaut worden, sondern es sind nur alle vorhandenen Saal-Localitäten zu „Theatern“ avancirt.

Beginnen wir mit dem Belle-Alliance-Theater. Es ist dies ein länglicher Saal vor dem Halle'schen Thore, in dem Akrobaten und Seiltänzer ihr Wesen trieben und in welchem Coupletsänger auftraten, die sich „ohne Costüme“ im Frack zu einigen Possenscenen verstiegen. Der Wirth und Eigenthümer aber, Hr. Wolff, ein theaterkundiger Mann (er war ein beliebter Komiker der Kroll'schen Bühne) traf bei seinem Avancement zum Director sofort das Richtige: er jagte Gaukler und Hanswurst hinaus und begann mit Goethe's „Faust“! Ein Hohngelächter schallte durch ganz Berlin, Equipagen und Droschken rollten zum Halle'schen Thore hinaus, um sich über diese Kühnheit lustig zu machen, aber — Alles war enttäuscht durch die gute Aufführung. Waren die Darsteller auch nicht hervorragend, so war doch das Ensemble ein fleißig geübtes, alle kleinen Rollen anständig besetzt, die Ausstattung sogar glänzend. Der Erfolg war gemacht und Goethe's „Faust“ Kassenstück, das Belle-Alliance-Theater vom gebildetsten Publikum besucht und von der Presse anerkannt und gewürdigt; es folgten nun alle classischen Stücke: „Die Räuber“, „Das Käthchen von Heilbronn“ 2c., sogar „König Lear“. Jetzt nahmen auch die modernen Dichter keinen Anstand, dieser so fleißigen Bühne ihre Werke anzuvertrauen; Dr. Lindner ließ seine „Bluthochzeit“, Dr. Schweitzer seine „Drei Staatsverbrecher“, sein „Canossa“, Kneisel seine „Wittwe Mandelhuber“, Pirazzi seinen „Rienzi“ dort zum ersten Male in Scene gehen, und der künstlerische wie pecuniäre Erfolg war für sie sehr günstig; Director Wolff bewilligte hohe Tantièmen und stattete die Stücke glänzend aus, so daß das Publikum das Belle-Alliance-Theater für eine nicht zu unterschätzende Concurrenz der königlichen Bühne hält. Ein Flecken klebt dem Institute freilich noch an: es wird an vier Tagen der Woche noch darin geraucht und Bier getrunken, an den übrigen drei Abenden herrscht Apollo ohne Rauch und Gerstensaft; das Streben der Direction aber geht dahin, es ganz dem „Königlichen“ gleich zu thun, und die Rauchabende sollen ganz verschwinden.

Das Residenz-Theater. Es ist dies die Localität des früheren Liebhaber-Theaters „Concordia“ und liegt vis-à-vis dem Wallner Theater. Zuerst pachtete es Director Nowack von Magdeburg, speculirte aber falsch, da er große Oper mit ärmlicher Ausstattung und schlechten Sängern, dann Berliner Posse mit matten Komikern gab; da konnte er weder mit dem Opernhause noch mit dem Wallner-Theater concurriren, und das Ende war ein Concurs. Nun miethete es Herr Rosenthal, ein Kaufmann; dieser verstand es insofern besser, als er sich auf eine Specialität warf, welche keine Berliner Bühne besonders pflegte, auf das „Pariser Sittenbild“. Sardou's „Fernande“ war von allen ersten Bühnen Berlins refusirt worden; der Verleger gab es aus Verzweiflung dem Residenz-Theater; das Resultat war eine 150malige Aufführung; die Saison schloß mit einem Ueberschusse von nahe an 30,000 Thlr. für den Unternehmer. Die Darstellung war dabei eine vortreffliche, da das Personal aus hervorragenden Talenten besteht und für besonders wichtige Rollen Gäste herangezogen wurden. So macht jetzt dort „Madeleine Morel“ großes Glück, und hierauf soll „Princesse Georges“ folgen.

Das National-Theater besitzt die größte Bühne Berlins. Erst Circus, dann Affentheater, dann Tanzsaal, dann Cafe chantant übernahm es Director Gumtau von Halle und hielt mit anständigen Schauspielern ein streng classisches Repertoire ein. „Egmont“, „Braut von Messina“ waren die Eröffnungs-Vorstellungen und so wurden Schiller, Göthe, Shakspeare durchgespielt und dies lockte das Publikum der Vorstädte, das namentlich die Galerien füllte. Das Gastspiel Lehfeld's zog auch ein großes Publikum aus der mittleren Stadt an und das Resultat war ein sehr günstiges. Am 1. September beginnen wieder die Vorstellungen mit „Maria Stuart“; als Gäste werden durch zwei Monate Lehfeld und durch zwei Monate Marie Seebach erscheinen. Diese drei guten Bühnen haben wir der Theaterfreiheit zu danken; nun kommen wir aber zu denjenigen, in welchen die Kunst meistens prostituirt wird, deren Directoren zugleich auch Restaurateure sind und welche nur deßhalb die fünfactigen Tragödien und Opern cultiviren, weil bei diesen langen Vorstellungen viel gegessen und getrunken, natürlich auch geraucht wird. Ein Zwitter unter diesen Theatern ist:

Das Berliner Stadttheater in der Lindenstraße. Im Parterre befindet sich ein großer Restaurations-Saal, wo der „Herr Director Engelhardt“ Bier verzapft und Butterbrote verkauft. Im zweiten Stocke liegt der eigentliche Theatersaal, wo von talentlosen Mitgliedern Comödie gespielt wird. Es wird hier also unten gegessen, geraucht, getrunken und auch getanzt, während oben bei meist leeren Bänken Schiller und Shakespeare verarbeitet werden. Vorübergehendes Interesse erregte nur das Gastspiel Dettmers von Dresden. In den übrigen Theatern wird während der Vorstellung gegessen, getrunken, geraucht und von den fleißigen Hausfrauen Strümpfe gestrickt, während die Demi-monde in den Logen und auf den theureren Plätzen ihre Opfer sucht.

Das Walhalla-Volkstheater, die frühere Walhalla, zuerst ein Circus Renz, dann ein großes Café chantant, wo die Antoinette Furore machte, jetzt Volkstheater; auf dem Theaterzettel befindet sich rückwärts die Speisekarte; Spielzeit von halb 8 Uhr Abends bis 12 Uhr Nachts; Repertoire: Große Oper, wie die „Stumme“, „Jüdin“, „Troubadour“, oder große Schauspiele, wie „Don Carlos“, „Maria Stuart“, „Preciosa“; die Mitglieder schlecht, die Bühne stets in Rauch gehüllt, die Leitung in Händen des Besitzers Herrn Großkopf jun., der als Restaurateur nicht die geringsten Theaterkenntnisse besitzt und vom Buffet aus das Ganze leitet.

Das Réunion-Theater heißt so nur bis 10 Uhr Abends, von da ab „Orpheum“. Der kluge Besitzer, Herr Bente, fragte sich: „Warum sollst du deinen schönen Saal bis um 10 Uhr leerstehen lassen, da die Bälle der Demi-monde erst um 11 Uhr beginnen?“ Er schlug eine kleine Bühne im Saale auf und nannte diese Réunion-Theater. Es werden dort bis 10 Uhr Abends moderne Schauspiele, ältere Gesangspossen, Ballette und Spieloper aufgeführt; die Mitglieder sind unbedeutend, das Ensemblee schlecht, nur das Ballet interessant. Dasselbe ist eigentlich für die „Nachtfeste“ des „Orpheums“ engagirt, wird aber auch schon vorher dem biertrinkenden, rauchenden Theater-Publikum vorgeführt. Um 10 Uhr muß die Vorstellung beendet sein, die Tische und Stühle verschwinden, die Cigarrenstümpfchen werden weggefegt, das Gas höher aufgeschraubt und es beginnt der Cancan der Jeunesse dorée.

Das Königsstädter Theater liegt neben dem Residenz-Theater auf dem Terrain des alten Wallner-Theaters, ist nur mittelmäßig besucht, und ein Wirth oder „Director“ nach dem andern ringt hoffnungslos mit dem Untergang. Mit den älteren und bekannten acht Theatern Berlins sind dies also schon 15; ich könnte nun noch mindestens 15 Bühnen, wie das Louisenstädtische Theater, das Variétés-Theater, das Deutsche Reichstheater, das Berliner Pratertheater 2c. anführen, aber ich würde zu eintönig werden, und es ist von allen nur kurz zu berichten: Bier gut, Essen mittelmäßig, Comödie schlecht, aber viel Rauch!

Unglück statt zum Glück. Neben den wenigen großen Männern, die vielleicht in Folge der höhern Bildung sich aufgeschwungen hätten aus der Armuth, gebe es hunderte verhungernder Existenzen, die um der vermeintlich erworbenen höheren Bildung wegen ein practisches Lebensziel verfehlten. Der lebhafte Drang nach höherer Bildung gebe die beste Gewähr, daß die Steigerung des Schulgeldes für die höheren Schulen den Bildungsgrad des deutschen Volkes nicht beeinträchtigen werde. Als practisches Moment werde geltend gemacht, daß die Beseitigung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den vom Staate angeordneten Schulen nur den Ultramontanen zu Gute kommen werde, welche dem Volke billigen Unterricht anbieten würden. Es möge nun zwar darum doch eine politische Nothwendigkeit sein, von Staatswegen unentgeltlich Bildung zu verbreiten; seine wirthschaftlichen Gründe dagegen würden dadurch indessen nicht wiederlegt. Der Liberalismus werde kaum immer die Majorität haben und dann würden seine Gegner auf Staatskosten ihre Zwecke in den Schulen zu fördern suchen. — Dr. Oppenheim (Berlin) als Correferent: Es sei kein Widerspruch vorhanden zwischen den Forderungen des wirthschaftlichen, des politischen und des humanen Standpunkts, dies nachzuweisen sei Zweck seines Vortrages. Der dritte Satz der Resolution enthalte eine sozialpolitische Nützlichkeitserwägung; dieser Schreckschuß schüchtere ihn nicht ein. Die Leitung der Schule sei nicht bei denen, welche das Schulgeld zahlen, eventuell nicht zahlen sollen. Volkswirthschaftliche Grundsätze seien nur in den beiden ersten Theilen der Resolution enthalten. Die „Verantwortlichkeit der Eltern" sei vieldeutig; der Geist des seligen Malthus sei dabei vor ihm aufgestiegen, aber Unentgeltlichkeit der Schule werde wohl auch vom Referenten nicht als Förderung leichtsinniger Kindererzeugung betrachtet werden. Auch nach Beseitigung des Schulgeldes sei der Umfang der elterlichen Verpflichtungen noch groß genug, um das Bewußtsein der moralischen Verantwortlichkeit zu schärfen; der Schulzwang entziehe den Eltern ja schon die Arbeitskraft der Kinder. Mit Gneist nenne er das Schulgeld eine Gebühr, da es nicht die volle Gegenleistung für eine Leistung sei; der ganze Werth des Geleisteten werde nicht bezahlt. Man schätze die Schulbildung darum doch hoch, auch wenn sie unentgeltlich gewährt werde. Man sagt: die Armenschulen würden gering geschätzt; diese beständen aber gerade neben dem Schulgeld; während die Unentgeltlichkeit das Prinzip der Gleichheit erfasse und dem Correlat der allgemeinen Wehrpflicht entspreche. Der Staat gebe nicht bloß für Volksschulen Mittel aus, sondern im Verhältniß weit mehr für höhere Unterrichtsanstalten. Die Konsequenz führe dann zur Aufhebung des gesammten Unterrichtsbudgets, damit komme man zu einer Erörterung des Staatszweckes, der Kultur überhaupt. Wenn von einem „Schutzsystem" die Rede sei, so verdiene nichts im Staate wirklich höhern Schutz als die Schule. Er schlägt vor zu erklären: „die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts widerspricht nicht den Grundsätzen der Volkswirthschaftslehre". Wenn sie überall zu erstreben, so sollte der Volksrath als solcher ihr nicht widerstreben. Der Grundsatz der Leistung und Gegenleistung treffe im öffentlichen Leben nicht zu; seine Durchführung würde zur Auflösung des Staates führen. Der Staat sei ein organisches Ganzes, dem der Einzelne nach Kräften zu leisten habe; selbst in den Communen sei das Prinzip noch niemals völlig durchgeführt worden. Die Frage sei: gehört die Volksschule zu den allgemeinen Aufgaben, und wie sind die Mittel zu ihrer Unterhaltung am besten aufzubringen? Niemand verlange, daß alle Schulkosten durch die Eltern der schulpflichtigen Kinder aufgebracht würden; es handle sich nur um einen Ersatz. Das Prinzip der Leistung und Gegenleistung mache die öffentlichen Schulen im heutigen Sinne unmöglich; die Wohlhabenden würden ihre Kinder Privatschulen übergeben und der Staat daneben Armenschulen einrichten müssen. Sei das Schulgeld beträchtlich — ein unbeträchliches habe keinen Sinn — dann sei diese Steuer ungleichmäßig vertheilt und könne von den Armen nur durch gehässige Exekutionen beigetrieben werden. Das hohe Schulgeld neben dem Schulzwang erzeuge Classen-Verbitterung, wenn der arme Mann überlege, wie viel der Staat für höhere Unterrichtszwecke ausgebe. Ein Primaner kostet zehnmal mehr als ein Sextaner; ein Student sechsmal mehr als ein Primaner. Der Kopf in der Volksschule erfordere durchschnittlich 4 Thlr., der Kopf in den höheren Schulen etwa zehnmal mehr Zuschuß. Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts habe mit dem Sozialismus nichts zu thun; sie sei nur eine übrigens unzureichende Ausgleichung zu Gunsten der ärmeren Klassen. Damit solle nicht etwa eine Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Bildungsanstalten gefordert werden, weil die Erwerbung der höheren Bildung außerdem viel kostet. Wo Schulzwang bestehe, sei das Schulgeld eine Steuer und zwar eine Kopfsteuer, welche die Familie gerade zur Zeit der schwierigsten Nahrungsverhältnisse am schwersten treffe. Die Schulgeldfrage sei keine socialistische, sondern eine Steuerfrage. In der Volksschule bewirke das Schulgeld einen Riß zwischen den Kindern; die Einen zahlten, die andern nicht. Die Gegner der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts vergleichen dasselbe gern mit Gerichtssporteln, Briefporto u. s. w. Würden aber diese geschäftsmäßig nach dem Prinzip an Leistung und Gegenleistung berechnet? Sportelfreiheit würde zu frivolen Prozessen, Portofreiheit zu unnützem Correspondiren führen. Die Analogieen mit Amerika, der Schweiz und England, die man anführt, träfen nicht zu. In Preußen sei die Unentgeltlichkeit des Unterrichts der Volksschule schon durch das Landrecht sanctionirt; das Gemeinnützige beruhe nicht darin, daß Jeder die Schule benutze, sondern daß die durch sie verbreitete Bildung zum gemeinen Besten diene. Die Frage heiße: sollen wir die Wohlhabenden besteuern oder die Armen belasten? Dr. Wolff bemerkt thatsächlich, er habe sich nicht für Unentgeltlichkeit des niedern Unterrichts allein, sondern des Unterrichts überhaupt erklärt. Prof. Böhmert (Zürich) will einen Mittelweg empfehlen: nämlich zu fordern, daß „der Staat den Gemeinden die Erhebung von Schulgeld nicht verbiete oder unmöglich mache". Im Canton Bern habe die Proclamirung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zur Herabdrückung des Schulwesens geführt, so daß das neueste dortige Schulgesetz ein gewisses mäßig bemessenes Schulgeld wieder habe zulassen müssen. Im Canton Glarus sträube die suveräne Landsgemeinde sich mit Händen und Füßen gegen die französische Beglückungs-Schablone der unentgeltlichen Schule, wie der bekannte von dort herstammende schweizerische Staatsmann Heer sich ausdrücke. Die Forderung, daß der Staat durch Steuern die gesammten Schulkosten decke, führe in ihrer Consequenz zu der andern, daß er auch für die gute Ernährung der Kinder sorge, da er an gut genährten Bürgern fast ein noch größeres Interesse habe als an wohlgebildeten. In Genf z. B. begnüge sich die Socialdemokratie auch schon nicht mehr mit der Unentgeltlichkeit der Schule, sondern fordere eine Vergütung an die Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder. Der Staat möge sich wie bisher an der Deckung der Schulkosten betheiligen, aber die Möglichkeit eines Beitrags der Eltern und damit zugleich die Steigerung der Leistungen des Schulwesens nicht abschneiden. Oberbürgermeister v. Winter (Danzig) will vom praktischen Standpunkt aus sprechen, den er länger als ein Vierteljahrhundert gehandhabt hat. Die Schulfrage sei keine volkswirthschaftliche, sondern eine eminent politische und technische, und es empfehle sich vielleicht die Erklärung, daß der Congreß sich eines Ausspruchs enthalte. Die traurige Schilderung, welche Herr Dr. Wolff von unserm Volksschulwesen entworfen habe, sei leider nur zu begründet, und doch könne man im Großen und Ganzen auf die Leistungen dieser „halbverhungerten Lehrer" stolz sein. Der Staat solle noch gefunden werden, der Größeres geleistet habe, bei Allem was noch zu leisten bleibe. Das sei die Folge des Schulzwanges. Wenn man diesen Schulzwang nun aus einer sittlichen Pflicht des Staates herleiten müsse, so sei die Frage keine wirthschaftliche mehr; die Leistung der Schule den einzelnen Kindern gegenüber sei dem Staate gleichgiltig; er denke dabei zunächst an sein eigenes Wohl; ja er muthe der einzelnen Familie sogar die oft schmerzlich empfundene Verzichtleistung auf die Arbeitskraft des Kindes zu; das Prinzip von Leistung und Gegenleistung treffe also nicht zu. Auch sei das Schulgeld kein Aequivalent, insofern es nicht im entferntesten die Ausgabe decke; z. B. nicht die großen Kosten für die Errichtung der Schulhäuser; die Schulbaulast sei für die Gemeinden, was der Schulzwang für den Einzelnen. Die Parallele mit England treffe ebenfalls nicht zu; unsere Communalverhältnisse seien ganz andere. Unsere Communen seien lebendige Glieder des großen organischen Ganzen mit einem unerschöpflichen Umfang von Aufgaben; die englischen „Communen" seien Corporationen, Verbindungen zu einem bestimmten Zwecke, zur Unterhaltung einer Gasanstalt, einer Wasserleitung, einer Canalisirung u. s. w. Der Staat giebt seinem Begriffe nach nichts aus für Bildungszwecke; in Danzig besteht z. B. keine einzige staatliche Bildungsanstalt; die Stadt unterhalte die Bildungsanstalten, erhebe Schulgeld und dispensire davon bei besonderem den Anlagen gemäßem Anspruch auf höhere Bildung die ärmeren Schüler. Das politische Moment habe uns aus den „Kirchenschulen" herausgeführt: die Aufhebung des Schulzwangs würde uns darein zurückfallen lassen. Das Landrecht kenne kein Schulgeld, die Unentgeltlichkeit sei ein Postulat der Verfassung; dieses wollte Herr v. Mühler beseitigen; der Congreß würde sehr gut thun, nicht zu einem neuen Angriff auf ein Grundrecht der Verfassung zu ermuthigen. Er müßte sich auf seine Erfahrungen als Landrath und Bürgermeister berufen. Hier in Danzig werde der Werth des Unterrichts deshalb nicht minder geschätzt, weil er in den Volksschulen unentgeltlich sei. Die Schulfrage sei eine Frage der ernstesten Verantwortlichkeit der Gemeinden, der communalen Ehre, technisch genommen eine Frage nach der Zweckmäßigkeit des Besteuerungsmodus, wo denn das Schulgeld als eine Kopfsteuer der schlechtesten Art zu verwerfen sei. Von einer Ueberproduction höherer Bildung könne bei uns wohl kaum die Rede sein; man solle das Volk ruhig bei seiner Werthschätzung dieses Culturmoments lassen. Herr Seyffardt (Crefeld) freut sich, daß der Referent Dr. Wolff sich im Wesentlichen auf die Darbietung anregenden Materials beschränkt, die Entscheidung vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aber abgelehnt hat. Für die Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts seien die Herren Oppenheim und v. Winter siegreich eingetreten. Im Westen der Monarchie mehre sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Gemeinden, die auf das Schulgeld verzichten, weil das Interesse für die Schule stetig wachse und das Eintreten für die Schule als eine große öffentliche Pflicht der Gemeinde anerkannt hat. Nur so lasse sich das finstere Gespenst, welches die schönen Rheinlande unsicher mache, bannen; die Agitation für die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts sei eine durchaus gesunde. — Baron Hundt v. Haffen: die Ignoranz der Massen könne nicht energisch genug bekämpft werden; der Staat könne für Volksbildungszwecke nicht genug thun. Die Versammlung möge sich für die Resolution des Herrn v. Winter aussprechen und damit eine positive Grundlage schaffen. — Die Debatte wird auf Mittwoch, eventuell Donnerstag vertagt. Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Vermischtes.

— Der „D. Reichscorresp." zufolge hat der bisherige Herausgeber und Eigenthümer der „Nordd. Allg. Ztg.", Hr. Braß, in diesen Tagen das Blatt in Verbindung mit der Druckerei und der beiden ihm gehörigen Grundstücke Zimmerstraße 95 und 96, auf denen sich die Geschäftsräume der Zeitung befinden, an ein Consortium verkauft. Ob die Käufer aus dem Unternehmen eine Actiengesellschaft machen, oder ob sie es selbst behalten werden, darüber scheinen die Herren selbst noch nicht schlüssig zu sein. Ueber die Höhe des Kaufpreises schwanken die Angaben zwischen 500,000 und 600,000 ℛ.

Wolle.

Berlin, 24. Aug. (B.- u. H.-Ztg.) Seit unserem letzten Bericht erfreute sich das Geschäft ziemlicher Regsamkeit. Verschiedene Kämmer resp. deren Vertreter entnehmen dem Markt gegen 2000 Ctr. preußische, mecklenburgische und namentlich hinterpommersche Wollen von vorn bis gegen Mitte der 70er ℛ, ausgesuchte Sachen auch 1—2 ℛ pr. Ctr. darüber. Im Laufe der vergangenen Woche fanden noch 400 Ctr. geringere Wollen Anfangs 60er ℛ für Militärtuche Nehmer.

Breslau, 23. August. (B.- u. H.-Ztg.) Wir hatten regere Nachfrage. In Folge dessen sind im Ganzen etwa 1200 Ctr. aus dem Markt genommen worden, welches Quantum größtentheils aus den besseren Mittelgattungen in den Siebziger Thalern bestand. Zugleich sind auch einige größere Stämme russischer Rückenwäsche in den Sechziger Thalern, mehrere Pöstchen schlesische Einschur von 76—84 ℛ und etwas gebündelte Sterblings-Wolle in den Sechzigern Thalern aus dem Markte genommen worden. Die Preise stellten sich durchgehends zu Gunsten der Verkäufer.

Hypotheken-Bericht.

Berlin, 24. August. (Emil Salomon.) Das Geschäft in Hypotheken war in verflossener Woche nicht so lebhaft als in den vorhergehenden, sowohl die Capitalisten als auch die Geldsuchenden hielten sich zurück, indem die ersteren zu einem herabgesetzten Zinsfuß sich noch nicht verstehen und letztere den alten Satz noch nicht bewilligen wollen, im Allgemeinen bleibt Geld flüssig für erste Hypotheken in guten Stadtgegenden. Für zweite Hypotheken in guter Gegend à 5—6 % Geld zu haben, sobald die Posten nicht zu großen Summen nachstehen. Ländliche Hypotheken auf Rittergüter bleiben gefragt und gut zu lassen. Kreis-Obligationen wenig Geschäft wegen Mangel an Offerten. Course unverändert.

Meteorologische Depesche vom 26. August.

Haparanda	337,4	+ 9,0	S	schwach	bedeckt.
Helsingfors	—	—	—	—	fehlt.
Petersburg	339,2	+10,2	W	schwach	heiter.
Stockholm.	338,9	+11,2	WSW	schwach	heiter.
Moskau . .	333,1	+ 9,4	N	schwach	bedeckt.
Memel . . .	340,1	+ 6,4	O	schwach	heiter.
Flensburg.	337,2	+10,8	SO	mäßig	wolkig.
Königsberg	339,8	+ 9,7	O	s. schw.	heiter.
Danzig . . .	339,6	+ 7,4	OzN	stille	wolkig.
Putbus . .	335,9	+10,6	O	schwach	heiter.
Stettin . . .	339,7	+ 7,8	O	schwach	heiter.
Helder. . . .	336,4	+13,9	SSO	stark	—
Berlin . . .	338,5	+ 8,2	SO	schwach	heiter.
Brüssel . . .	340,2	+16,3	WSW	schwach	bewölkt.
Cöln . . .	336,6	+14,2	S	mäßig	heiter.
Wiesbaden	334,2	+ 8,0	O	s. schw.	bewölkt.
Trier . . .	332,7	+ 9,3	O	schwach	heiter.
Paris . . .	337,5	+12,6	SO	stille	sehr bewölkt.

PROSPECT.

Mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 19. d. Mts. haben des **Kaisers und Königs Majestät** zu genehmigen geruht, daß die General-Direction der **Königlichen Seehandlungs-Societät** die ihr gehörige **Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei** zu Erdmannsdorf an das mitunterzeichnete Bankhaus Robert Thode & Co. veräußert.

Auf der Grundlage dieses Unternehmens wird eine Actien-Gesellschaft begründet, welche mit einem **Actien-Capital** von 1½ **Millionen Thalern** ausgestattet ist, während ein weiterer Betrag von

1 Million Thaler durch 5 % in 30 Jahren

amortisirbarer Prioritäts-Obligationen beschafft wird.

Die Actien-Gesellschaft, welche die Firma

Erdmannsdorfer Actien-Gesellschaft

für

Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei

führt, übernimmt vom **1. October c.** die bisher der Königlichen Seehandlung gehörende Flachsgarn-Spinnerei und Weberei zu Erdmannsdorf in Schlesien. Das **großartige Etablissement** in prachtvoller Gegend am Fuße des Riesengebirges macht auf jeden Beschauer den Eindruck einer im besten Zustande und nach den modernsten Erfahrungen eingerichteten Muster-Anstalt.

Die Spinnerei, 13,700 Stück Feinspindeln zählend, ist in einem 6 Stock hohen massiven Gebäude etablirt, welches mit eisernem Gebälk und eisernen Säulen sowie gewölbten Decken ausgestattet ist.

Sämmtliche Maschinen, die zur Flachs- und Wergspinnerei gehören, sind nach neuesten Construktionen, zum größten Theil in den letzten Jahren neu angeschafft, aber auch die übrigen etwas länger in Betrieb gewesenen Maschinen sind in durchaus gutem Zustand und läßt deren Leistung Nichts zu wünschen übrig.

Durch die bisherige vorzügliche Leitung der Erdmannsdorfer Spinnerei hat sich die Produktionsfähigkeit derselben stetig gehoben, und wird nur von wenigen Etalissements erreicht aber nicht übertroffen, während die meisten weit hinter dereu Leistung zurückbleiben.

Die zweite Branche, die Weberei, ist in einem abgesonderten Gebäude etablirt, welches in Shed-Construktion feuerfest hergestellt und so eingerichtet ist, daß mit verhältnißmäßig geringen Mitteln die jetzige Anzahl Webestühle, 125 Stück, **sehr wesentlich vergrößert werden kann.**

Wie die Spinnmaschinen, sind auch die Webstühle, aus England bezogen, vorzüglichster **Qualität** und den Bedürfnissen entsprechend für verschiedene Breiten, für Leinen wie für Drelle eingerichtet.

Die **Bleicherei** auf einem 50 Morgen großen Areal, an den Fabrikplatz angrenzend, mit einer Menge Gebäude, dreistöckigem Bleichhaus und Magazinen, besitzt einen durch das ganze Grundstück fließenden Bach, welcher Wasser, das frei von allen schädlichen Bestandtheilen ist, führt.

Zum Betrieb der **zahlreichen** Maschinen insgesammt sind als **Motoren** vorhanden, außer:

1 Wasserkraft von 80—100 **Pferdekraft** oberschlächtiges Wasserrad und
1 „ von 40—80 **Pferdekraft** für Bleicherei; ferner
eine **drei-** bis **vierhundert Pferdekraft** starke Woolf'sche Zwillingsmaschine,
eine **achtzig** bis **hundertzwanzig Pferdekraft** starke Woolf'sche Dampfmaschine **als Reserve**,
eine **vierzig Pferdekraft** starke Corliß-Dampfmaschine zum Betrieb der **Weberei**,
drei kleinere Dampfmaschinen für Werkstätte, Schlichterei und Aufzüge.

Für alle aufgeführten Dampfmaschinen sind 9 schwere Dampfkessel vorhanden, welchen 3 große freistehende Schornsteine Zug liefern. Der Zustand der **Motoren** ist tadellos und vorzüglich die Construction und Ausführung der schweren Dampfmaschinen, worin eine große Gewähr langer Dauer und eines regelmäßigen Betriebes liegt.

Zur Aufbewahrung und Lagerung aller in der Fabrik vorkommenden Rohmaterialien, sowie fertiger Waaren, sind mehr als ausreichende Magazine vohanden, welche je ihrem Zweck entsprechend angelegt und ausgerüstet sind und worin in jeder Beziehung eine musterhafte Ordnung herrscht.

Die Erbauung von Arbeiterhäusern sichert dem Etablissement einen Stamm von anhänglichen Arbeitern, welcher sich seit Jahren vollständig mit der Fabrik identifizirt hat.

Der Transport zum und vom Weltmarkt ist durch eine gute Landstraße zwischen Fabrik und der ¾ Meilen entfernten Eisenbahnstation **Schildau** sehr bequem und hat auch dabei **Erdmannsdorf** viel vor der Concurrenz voraus.

Seit zwanzig Jahren bestehend, besitzt endlich das Etablissement eine große Kundschaft und hat Geschäftsverbindungen in allen Weltgegenden.

Die Rentabilität ist durch die bisherigen Erfahrungen gewährleistet und wird durch die beabsichtigte bedeutende Erweiterung der mechanischen Weberei noch erhöht werden können. Nach den eigenen Aeußerungeu **Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers** in der Kammer, war das Durchschnittserträgniß nach sehr hoch bemessenen Abschreibungen 8 pCt. p. annum des gesammten benutzten Capitals. Für die Direction sind sehr tüchtige technische und kaufmännische Kräfte gewonnen und ebenso wird der Aufsichtsrath von einer Gruppe theils Fach- und Finanzmänner znsammengesetzt werden.

Die Bestände an Rohprodukten, Leinen, ganz und theilweise fertigen Geweben, im Betrage von circa 1,000,000 Thlr., werden nach von der Kgl. Seehandlung aufgestellten sehr rationellen Bedingungen am 1. October übernommen.

Außerdem verfügt die Gesellschaft über ein ausreichendes Capital, um Erweiterungen der Fabrik vorzunehmen.

Berlin, 24. August 1872.

Preußische Credit-Anstalt. **Robert Thode & Co.**

Von der **Prenßischen Credit-Anstalt** und den Herren **Robert Thode & Co.** in **Berlin** beauftragt, nehmen wir Anmeldungen auf Actien der

Erdmannsdorfer Actien-Gesellschaft

für

Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei

zum Course von 103½ % abzüglich 5 % Zinsen bis 1. October a. c. bis

Mittwoch, den 28. August cr., Abends 6 Uhr,

entgegen.

Es kommen vorläufig **vollgezahlte Bezugsscheine**

à Thlr. 200 oder 600 Mark Dt. R.-W.

von uns zur Ausgabe, welche s. Z. gegen **Original-Actien umgetauscht** werden.

Bei der Anmeldung sind **10** % als Caution entweder in baar oder in courshabenden Effecten zu deponiren.

Im Falle der Ueberzeichnung tritt verhältnißmäßige Reduction ein.

Berlin, den 25. August 1872.

Preußische Boden-Credit-Actien-Bank.

Redaction, Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.